

## Vorsprung für Deutschland – Neues Regieren 2002

### Die Beschlüsse:

- Erklärung der Parteivorsitzenden Angela Merkel zum Fahrplan 2001  
*Seite 2*
- Mit Verbrauchern und Landwirten für gesunde Lebensmittel *Seite 5*
- Riesters Rentenpläne sind nach wie vor nicht akzeptabel *Seite 7*
- Arbeit für alle – Chancen für alle  
*Seite 8*
- Leitsätze für eine deutsche und europäische Außen- und Sicherheitspolitik *Seite 14*

Klausurtagung  
von Präsidium  
und Bundes-  
vorstand der  
CDU am  
14./15. Januar  
in Mainz

ANGELA MERKEL:

# Vorsprung für Deutschland – Neues Regieren 2002

**Anlässlich der Klausurtagung des Bundesvorstands am 14./15. Januar in Mainz erklärte die Parteivorsitzende:**

Am Anfang des Jahres 2001 sehen die Menschen mit Spannung und hohen Erwartungen in die Zukunft. Die Menschen sind interessiert am technischen Fortschritt, fasziniert von den neuen Möglichkeiten und motiviert, sie als Chance zu begreifen. Sie tragen durch ihre Arbeit zum Wohlstand Deutschlands bei und engagieren sich millionenfach im Ehrenamt für ihr Land.

Deutschland kann sich angesichts dieser Ausgangslage in vielen Bereichen einen Vorsprung erarbeiten, um wieder im Spitzfeld der Ländervergleiche zu liegen.

Voraussetzung dafür aber ist eine Politik, die die Probleme beherzt anpackt und langfristig tragfähige Konzepte für die Zukunft unseres Landes, aber auch bei der Bewältigung aktueller Krisen wie z.B. der BSE-Krise entwickelt. Konzepte, Kompetenz, Klarheit – das ist es, was Deutschland braucht. Diesen Ansprüchen wird die Schröder-Regierung in keiner Weise gerecht. Die politischen Maßnahmen und Vorhaben von Rot-Grün sind handwerklich schlecht vorbereitet, lassen jede ordnungspolitische Vorstellung und Richtung vermissen und sind deshalb weit davon entfernt, ein schlüssiges Ganzes zu ergeben.

So werden die Steuersenkungen im Zuge der Steuerreform durch Erhöhungen der Öko-Steuer, steigende Heizkosten und Abgaben in vielen Fällen dazu führen, dass für Familien kaum eine Entlastung eintritt. In den neuen Bundesländern werden die Wir-

kungen der Steuerreform durch die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze für die Krankenversicherung für viele noch geringer ausfallen als in den alten Bundesländern.

Sieben Ministerrücktritte auf Bundesebene in zwei Jahren machen es den Men-

## FAHRPLAN 2001

schen schwer, sich auf Politiker verlassen zu können. Weitere Minister der Schröder-Regierung weisen große Schwächen auf. Wie soll etwa mit einem Vizekanzler und Außenminister Fischer ohne tatsächliche Reue für Gewalttaten in seiner Jugend der sog. „Aufstand der Anständigen“ organisiert und Gewalt bei Jugendlichen glaubwürdig bekämpft werden? Das alles passt nicht zusammen.

## Deshalb ist klar: Deutschland braucht ein „Neues Regieren 2002“

Auf dem Weg dorthin werden wir in diesem Jahr die Kommunalwahlen in Hessen und Niedersachsen und die Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hamburg gewinnen. Unsere Erneuerung über die Kommunen und Länder schafft eine wichtige Grundlage für eine neue Mehrheit 2002 im Bund.

Neues Regieren 2002 verlangt dann auch, im Jahre 2001 inhaltlich die Weichen für unser Regierungsprogramm 2002 zu stellen.

Die im Juni des letzten Jahres eingesetzten Präsidiumskommissionen werden deshalb ihre Arbeit bis Mitte 2001 beenden. Danach werden wir unsere Vorstellungen in der Partei und mit der interessierten Öffentlichkeit breit diskutieren. Die Ergebnisse werden auf unserem Bundesparteitag im Dezember beraten und verabschiedet.

Doch schon heute sind wir programmatisch weiter als alle anderen. Wir werden auf dem Parteitag im Dezember die Antworten auf die Fragen geben können, die sich aus einer veränderten Wirklichkeit stellen. Die Fakten sind klar: Unsere Gesellschaft wird älter, die Arbeitswelt verändert sich, die Globalisierung stellt die nationale Politik in einen internationalen Wettbewerb, die Informations- und Kommunikationstechnologie ermöglicht ungeahnte technische Entwicklungen. Unser Regierungsprogramm wird deshalb einen Entwurf für Deutschland im 21. Jahrhundert geben.

### Das sind unsere Ziele

■ Wir wollen eine menschliche Lebens- und Arbeitswelt. Wir brauchen eine entschlossene Politik für mehr Arbeitsplätze. Dafür müssen wir die fördern, die Arbeitsplätze schaffen, insbesondere kleine und mittlere Betriebe und Existenzgründer. Statt Benachteiligung von Personengesellschaften in der Steuerreform, ungerechte AfA-Tabellen und mehr Gängelung durch Gesetze brauchen kleine und mittlere Unternehmen bessere Rahmenbedingungen, mehr Freiheit und Spielraum für ihre Entwicklung. Die Bundesregierung verschenkt in einer Phase wirtschaftlichen Wachstums durch mehr Bürokratie und Gängelung die Chance zu einem echten Durchbruch auf dem Arbeitsmarkt.

■ Wir wollen, dass der, der Hilfe braucht, die Solidarität der anderen erhält. Wer Solidarität anderer in Anspruch nimmt, muss aber umgekehrt den ihm möglichen Beitrag für die Gesellschaft erbringen. Wir müssen von einer Politik des Sozialtransfers zu einer Politik der Sozialinvestitionen kommen. Dazu müssen wir neue Wege gehen, wie es in dem auf dieser Klausurtagung gefassten Beschluss „Chancen für alle, Arbeit für alle“ dargelegt ist.

■ Wir wollen eine langfristig tragfähige Reform des Rentensystems. Die jetzt von der Bundesregierung vorgelegte Reform wird diesem Anspruch nicht gerecht. Auch die Gesundheitspolitik steckt in der Sackgasse. Wir fordern die Bundesregierung auf, jetzt sofort zu einer Gesundheitspolitik zurückzukehren, die endlich wieder Gerechtigkeit für alle Patienten sicherstellt. Der Weg zu einem Gesundheitssozialismus durch Budgetierung muss schnellstens verlassen werden.

■ Wir wollen eine konsequente Politik für mehr Kinder und Vorrang für Familien. Auf unserem Kleinen Parteitag 1999 haben wir die Grundlagen für eine moderne Familienpolitik gelegt. Mit der Einführung eines Familiengeldes wollen wir erreichen, dass niemand wegen seiner Entscheidung für Kinder auf Sozialhilfe angewiesen ist. Ein solches Familiengeld muss für Kinder bis zum Alter von 16 Jahren gelten. Es muss langfristig angelegt sein und in Stufen umgesetzt werden.


■ Die Entscheidung für Kinder zu fördern, bedeutet auch, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern. Ganztagschulen, Hilfe für die, die Kinder erziehen, Schulleben und in den Ferien geöffnete Kindergärten sind genauso wichtig wie verlässliche Unterrichtszeiten an Schulen.

■ Wir wollen ein Europa der Bürger. Dazu werden wir aktiv die Arbeit an einem Verfassungsvertrag vorantreiben. Zu Beginn des Jahres 2002 wird endgültig die D-Mark in den Euro umgetauscht. Dann wird sich zeigen, ob Europa fit ist für den internationalen Wettbewerb. Wir werden alles tun, damit der Euro stabil und stark wie die D-Mark ist. Aber auch dafür sind entschlossene Reformen in unserem eigenen Land die Voraussetzung.

■ Wir wollen verlässliche Bündnispartner in der Europäischen Union und der Nato sein. Die CDU will weiterhin die treibende Kraft für die Festigung und Erweiterung der EU sein. Rot-Grün fehlt jede Vision für eine neue Außen- und Sicherheitspolitik. Wir le-

gen mit unserem Beschluss „Leitsätze für eine aktive Außen- und Sicherheitspolitik“ Grundsätze für das 21. Jahrhundert nach Beendigung des kalten Krieges fest.

Vorsprung für Deutschland – das ist das Ziel unserer Politik für die Menschen in Deutschland. Neues Regieren 2002 – das ist die Voraussetzung zur Erreichung dieses Zieles. Die Klausurtagung des CDU-Bundesvorstandes in Mainz hat einen klaren Fahrplan für 2001 festgelegt.

Dabei gehen wir unsere Arbeit in dem Bewusstsein an, dass politisches Handeln niemals Selbstzweck sein darf. Sie muss dem Wohl der Menschen dienen, von einem inneren Kompass geleitet sein, die Wirklichkeit richtig aufnehmen und zu Ende gedacht sein. Dafür stehen wir, die CDU Deutschlands, ein. 

# Mit Verbrauchern und Landwirten für **gesunde** Lebensmittel

Die Auswirkungen der BSE-Krise verunsichern die Verbraucher und bedrohen Landwirte in ihrer Existenz. Auch wir haben uns in der Vergangenheit zu lange der Illusion hingegeben, Deutschland sei BSE-frei. In dieser Situation muss Verbraucherschutz absolute Priorität haben. Ein vorsorgender Verbraucherschutz muss integraler Bestandteil der Agrarproduktion sein. Deshalb hat die CDU bereits zur Bewältigung der BSE-Krise ein umfassendes 10-Punkte-Programm vorgestellt.

Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es zum Kauf von 400.000 Rindern in Deutschland keine Alternative. Die Entscheidung über die Verwendung des Fleisches kann erst nach Klärung der offenen Fragen bei BSE getroffen werden.

In der jetzigen Situation ist es denkbar falsch, wenn die rot-grüne Bundesregierung die Landwirte an den Pranger stellt und einen Sündenbock sucht. Die Landwirte arbeiten nach festgelegten Standards – der sog. guten fachlichen Praxis –, die in den letzten Jahren kontinuierlich weiter entwickelt wurden und auch in Zukunft weiter entwickelt werden müssen. Sie erbringen unverzichtbare Leistungen für die Erzeugung von Nahrungsmitteln und Rohstoffen, die Entwicklung der ländlichen Räume, die Erhaltung und Entwicklung der Kulturlandschaft und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen.

Statt also wie Bundeskanzler Schröder mit dem bewusst unklaren Begriff der „Agrarfabriken“ ein neues Feindbild aufzu-

bauen, brauchen wir ein Bündnis von Verbrauchern, Landwirten und Wissenschaftlern. Nur so kann die Bekämpfung der BSE-Seuche tatsächlich wirkungsvoll angegangen werden.

Wir brauchen Veränderungen in der Landwirtschaftspolitik insgesamt. Diese wären im übrigen auch ohne die BSE-

## ZU BSE

Krise notwendig gewesen. Hinzu kommen die mit der EU-Erweiterung verbundenen Auswirkungen auf die Landwirtschaft der jetzigen Europäischen Union sowie die Herausforderungen an die Landwirtschaft durch die Prinzipien des freien Welthandels in den WTO-Verhandlungen. Bei der Verabschiedung der Agenda 2000 hat Bundeskanzler Schröder bewusst die Wettbewerbszwänge für die deutsche und europäische Landwirtschaft verstärkt. Jetzt tut er so, als ob das Gegenteil davon, das Richtige wäre.

Für uns ist es eine Selbstverständlichkeit, dass die Politik die Landwirte sowie die der Landwirtschaft vor- und nachgelagerten Bereiche in dem notwendigen Veränderungsprozess nicht alleine lässt. Eine zukunftsfähige Landwirtschaft darf und kann nicht gegen die Landwirte durchgesetzt werden, sondern muss mit ihnen erfolgen. Dabei sind die Auswirkungen auf den ländlichen Raum zu berücksichtigen.

## Der Bundesvorstand der CDU hat deshalb folgendes beschlossen:

■ Die Weiterentwicklung der Standards der Europäischen Union für eine naturnahe und wettbewerbsfähige Landbewirtschaftung und eine artgerechte Tierhaltung. Nationale Alleingänge sollten möglichst vermieden werden, weil sie sehr häufig zur Produktionsverlagerung, aber nicht zu einer Verbesserung der Produktionsmethoden führen.

■ Eine Anpassung der landwirtschaftlichen Förderung mit dem Ziel, neben der heute vorwiegend praktizierten Produktförderung auch eine verstärkte Förderung von Leistungen wie der flächenbezogenen Bewirtschaftung vorzunehmen. Damit können auch die unternehmerische Freiheit der Betriebe und ihre Vielfalt gefördert sowie eine breitere Grundlage für die Einkommensbildung der Landwirte hergestellt werden. Dabei muss die Aufgabe der Landwirte bei der Pflege der Kulturlandschaft mit einbezogen werden.

■ Die regionalen Spielräume der Agrarpolitik zu erweitern, indem auf der Grundlage der EU-Standards eine Co-Finanzierung in der Agrarpolitik auf nationale und föderale Ebenen zurückverlagert wird. Gerade diesem Ziel hatte sich die rot-grüne Bundesregierung bei den Verhandlungen zur Agenda 2000 verschlossen. Doch nur mit einer regionalen Differenzierung können die günstigen Entwicklungsmöglichkeiten der Regionen genutzt und eine Identität zwischen Regionen und ihrer Landwirtschaft wiederhergestellt werden. Verstärkt werden kann dies durch eine Initiative für regionale Markenzeichen.

■ Es muss wieder eine größere Werthaltigkeit von Nahrungsmitteln auf den Märkten durchgesetzt werden. Hierbei müssen die Regelungen des Kartellrechts überprüft werden.

■ Die notwendige Umstrukturierung der Landwirtschaft auch im Sinne der neuen Herausforderungen des Verbraucherschutzes muss steuerlich unterstützt werden.

■ Durch eine Kennzeichnung der Agrarprodukte und der Produktionsweisen muss die Transparenz von Lebensmitteln abgesichert werden. Diese Transparenz muss auch für eingesetzte Futtermittel und bei verarbeitenden Lebensmitteln gelten. Außerdem muss die Kontrolldichte bei der Futtermittelherstellung und der Lebensmittelvermarktung erheblich erhöht werden. Dazu brauchen wir eine unabhängige Kontrollbehörde auf Bundesebene. Verstöße gegen geltendes Recht müssen härter als in der Vergangenheit bestraft werden. Das Vertrauen in gesunde Lebensmittel ist eine gemeinschaftliche Aufgabe.

■ Eine Landwirtschaftspolitik, die sich diesen Grundsätzen verpflichtet fühlt, gilt für alle. Die Größe eines Betriebes ist nicht das Kriterium, das über artgerechte Tierhaltung und naturnahe Flächenbewirtschaftung entscheidet. Eine zukunftsfähige Landwirtschaftspolitik muss die betrieblichen Entfaltungsmöglichkeiten der konventionellen, aber auch der alternativen Landwirtschaft sichern. Der Ökolandbau darf dabei nicht gegen konventionell wirtschaftende Betriebe ausgespielt werden. Eine moderne Agrarpolitik bietet – ob großer oder kleiner Betrieb, ob Ökolandbau oder konventioneller Bauernhof – allen Verbrauchern gesunde Lebensmittel und hängt keinen Bereich der Landwirtschaft von den Entwicklungsnotwendigkeiten ab. Sie dient so auch in Zukunft der nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raumes, der Erzeugung gesunder Lebensmittel und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und damit den Menschen in unserem Land.

# Riesters Rentenpläne sind nach wie vor nicht akzeptabel

**Die Koalition hat ihr bisheriges Rentenkonzept wieder einmal grundlegend überarbeitet. Dennoch bleiben nach wie vor viele Fragen offen. Manche Vorschläge sind auch nach mehrmaligem Nachbessern immer noch unzulänglich.**

Der vorliegende Entwurf wird seinem Anspruch, das Rentensystem bis 2030 zukunftsfähig zu machen, in keiner Weise gerecht. Konzeptionell in sich nicht stimmig, handwerklich schlecht und im Blick auf das langfristige Rentenniveau falsche Erwartungen weckend, soll es im Eilverfahren durch den Bundestag gepeitscht werden. Der Entwurf in der jetzigen Form ist daher nicht zustimmungsfähig.

■ Die Regierung verheimlicht ihre Pläne zur Rentenbesteuerung. Sie muss ihre Pläne aber spätestens im Sommer aus der Schublade ziehen, wenn das Bundesverfassungsgericht in dieser Frage entscheidet. Schon dann ist das von der Bundesregierung berechnete Rentenniveau hinfällig. Eine neue Diskussion über die Zukunft der Renten ist vorprogrammiert. Die Union fordert die Bundesregierung auf, vom beabsichtigten Durchpeitschen der Rentenreform in beiden Sitzungswochen im Januar 2001 Abstand zu nehmen. Der erzeugte Zeitdruck lässt eine ordnungsgemäße Beratung nicht zu. Der jetzt vorliegende Gesetzentwurf muss einkassiert und durch ein tragfähiges und substanziiell verändertes Rentenkonzept ersetzt werden.

■ Die von Riesters vorgelegte Rentenformel ist willkürlich und manipuliert. Sie ist nicht demographisch legitimiert und daher dem „demographischen Faktor“ deutlich unterle-

gen. Bei der Höhe des Rentenniveaus wird weiter getrickst und getäuscht: 68 % bei Rot-Grün sind in Wahrheit nur 64 % des Nettogehalts.

■ Die soziale Absicherung der Frauen ist nach wie vor völlig unzureichend. Frauen werden die Verliererinnen dieser Reform

## ZUR RENTENREFORM

sein. Das Einfrieren des Freibetrages und das Anrechnen aller Einkünfte führt zum langfristigen Aus für die Hinterbliebenrente. Kindererziehungsleistungen werden nur unzureichend berücksichtigt. Die von Riesters vorgenommen marginalen Verbesserungen zahlen Frauen und Familien durch gravierende Verschlechterungen an anderer Stelle.

■ Die Ausgestaltung der zusätzlichen privaten Altersvorsorge ist ein bürokratisches Monster. Die private Vorsorge hat bei Riesters keinen ergänzenden, sondern ersetzenden Charakter. Altverträge und Immobilien werden nach wie vor nicht gefördert. Die Menschen müssen bei ihrer privaten Vorsorge wieder bei Null anfangen.

■ Die Regierung will eine leistungs- und beitragsfreie Grundrente zu Lasten der Kommunen einführen nach dem Motto: Wer vorsorgt, wird versorgt, wer nicht vorsorgt, wird auch versorgt. Die Einführung der Grundsicherung ist ein Etikettenschwindel: Die Menschen bekommen hierdurch keinen Pfennig mehr Geld.

# Arbeit für alle – Chancen für alle

## Arbeitsmarktentwicklung: Trotz Wachstum kaum Fortschritte

1. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist und bleibt bedrückend. 5,4 Millionen Menschen waren Ende 2000 offen oder verdeckt arbeitslos, über 3,8 Millionen von ihnen sind bei den Arbeitsämtern registriert. In vielen anderen Industrieländern ist die Arbeitslosigkeit bedeutend niedriger. Unternehmen klagen andererseits zunehmend über einen Mangel an Arbeitskräften in bestimmten Branchen.

2. Trotz Wachstumsraten von 2,5 bis 3 % gab es zu keinem anderen Zeitpunkt in der Wirtschaftsgeschichte unseres Landes im Gefolge eines Wirtschaftsaufschwungs einen derart schwachen Zuwachs an neuen Arbeitsplätzen. Niemals zuvor verlief ein Beschäftigungsaufschwung so stockend, niemals zuvor ging ein Aufschwung an einer so großen Zahl von Menschen vorbei, die einen Arbeitsplatz suchen. Verglichen mit der Arbeitsmarktentwicklung in fast allen anderen Industrieländern nimmt Deutschland den letzten Platz ein.

3. Die Bundesregierung reklamiert für sich eine Verbesserung der Arbeitsmarktsituation, die in Wirklichkeit überwiegend auf statistische Trickereien und demographische Entlastungseffekte zurückgeht:

■ Die Arbeitslosenzahlen sinken nur zu einem Teil konjunkturbedingt. Tatsächlich kommen die Entlastungen vor allem deswegen zustande, weil zunehmend mehr Arbeitslose ins Rentenalter kommen und aus der Statistik ausscheiden.

■ Auch der behauptete Arbeitsplatzboom geht zu einem großen Teil auf die erstmalige Einbeziehung der 630 DM-Jobs in die Erwerbstätigenstatistik zurück.

4. Nie zuvor war der Arbeitsmarkt in Deutschland so tief gespalten. Die konjunkturelle Belebung kommt nahezu ausschließlich den alten Ländern zugute. Während die

## ZUM ARBEITSMARKT

Arbeitslosigkeit in den alten Bundesländern zurückging, hat sie im abgelaufenen Jahr in Ostdeutschland noch weiter zugenommen. Die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland liegt auf Rekordniveau, sie verfestigt sich zusehends. Rd. 2,3 Millionen Menschen sind offen oder verdeckt arbeitslos.

Obwohl der Bundeskanzler den Aufbau Ost zur Chefsache erklärt hat, geht die Beschäftigung in den neuen Ländern weiter zurück. Zu keinem Zeitpunkt seit der Wiedervereinigung hatten in Ostdeutschland weniger Menschen einen Arbeitsplatz. Dies alles legt die Vermutung nahe, dass die Bundesregierung vor den Arbeitsmarktproblemen in Ostdeutschland kapituliert hat.

5. Die Effektivität der von der Bundesregierung mit massivem Mitteleinsatz betriebenen aktiven Arbeitsmarktpolitik stößt vor allem in Ostdeutschland, wo die strukturellen Probleme des Arbeitsmarktes besonders groß sind, an ihre Grenzen. Untersuchungen zeigen, dass die herkömmlichen Arbeitsbeschaffungs- und Weiterbildungsmaßnahmen die Chancen auf Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt für



viele Teilnehmer mittlerweile nicht mehr verbessern, sondern im Gegenteil verschlechtern.

6. Nahezu vier von zehn Arbeitslosen gelten heute als Langzeitarbeitslose. Die Dauer der Arbeitslosigkeit für die Betroffenen nimmt zu. In keinem anderen Industrieland ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen so hoch. Die strukturelle Verhärtung der Arbeitslosigkeit hat mittlerweile eine Dimension erreicht, die die Stabilität unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens insgesamt bedroht.

7. Auch das Herzstück rot-grüner Arbeitsmarktpolitik, das sog. „Sofortprogramm“ zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, ist gescheitert. Jugendliche werden in „Maßnahmen“ von mitunter zweifelhafter Qualität vermittelt. Die Mehrzahl von ihnen steht nach Abschluss der Maßnahme wieder auf der Straße. Ende vergangenen Jahres musste die Bundesregierung eingestehen, dass sich beim Abbau der Jugendarbeitslosigkeit nichts getan hat – die Jugendarbeitslosigkeit stagniert auf hohem Niveau.

8. Trotz millionenfacher Arbeitslosigkeit häufen sich die Meldungen über Arbeitskräfteknappheit. Zahlreiche Unternehmen klagen über offene Stellen für Hoch- und Geringqualifizierte, die nicht besetzt werden können. Viele Unternehmen scheuen aber auch die Einstellung neuer Arbeitskräfte – insbesondere älterer Arbeitnehmer – und fahren stattdessen Überstunden. Aus diesen Gründen steigt trotz millionenfacher Arbeitslosigkeit die Zahl der geleisteten Überstunden auf ein seit Jahren nicht mehr gekanntes Rekordniveau. Gleichzeitig steht unser Land vor der Herausforderung, die großen Chancen der „Neuen Ökonomie“ und der Globalisierung der Märkte für den Arbeitsmarkt zu nutzen.

Die Bundesregierung versagt vor diesen Herausforderungen. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik tut exakt das Gegenteil dessen, was angesichts der Anpassungserfordernisse auf dem Arbeitsmarkt erforderlich ist. Was die Fähigkeit zu einer erfolgreichen Beschäftigungspolitik angeht, ist Deutschland in den vergangenen zwei Jahren hinter die meisten anderen Industrieländer zurückgefallen. Deutschland bleibt unter Rot-Grün weit unter seinen Möglichkeiten. Nicht wegen, sondern trotz der Politik der Bundesregierung konnte sich die Arbeitslosigkeit bisher zurückbilden.

---

### Dirigismus und Bürokratie – die Antwort der Bundesregierung

Wichtige Reformen der unionsgeführten Bundesregierung für eine beschäftigungswirksame Ausgestaltung des Arbeitsrechts wurden sogleich nach Regierungsantritt von Rot-Grün wieder rückgängig gemacht. Stattdessen setzt die rot-grüne Bundesregierung auf dirigistische Maßnahmen, die soziale Sicherheit zwar vorgaukeln, in Wirklichkeit aber Beschäftigungschancen vernichten, die unternehmerischen Handlungsspielraum einengen und das individuelle Entfaltungsbefürfnis der Arbeitnehmer ignorieren.

Die Bundesregierung hat in den letzten Jahren ständig neue Mauern errichtet, die sich für viele Menschen, die über lange Zeit Arbeit suchen, zunehmend als unüberwindbar erweisen.

■ Die Abschaffung der praxisnahen Regelungen zur Sozialauswahl bei betriebsbedingten unvermeidbaren Kündigungen ist eine Misstrauenserklärung gegenüber den beteiligten Betriebsräten und behindert die Einrichtung neuer Arbeitsplätze vor allem bei kleinen und mittleren Unternehmen.

- Die Gesetzgebung zur sogenannten Scheinselbständigkeit unterläuft alle bisherigen Bemühungen um mehr Existenzgründungen.
- Die Neuregelung der 630 DM-Jobs hat zu mehr Bürokratie geführt, neue Ungerechtigkeiten geschaffen, die Spielräume vor allem von Kleinbetrieben eingeengt und Arbeitnehmer mit niedrigen Einkommen hart bestraft.
- Die Einschränkungen bei den befristeten Beschäftigungsverhältnissen sind praxisfern, behindern die unternehmerische Flexibilität und verhindern zusätzliche Arbeitsplätze.
- Der pauschale Rechtsanspruch auf Teilzeit stellt vor allem kleine und mittlere Betriebe vor zum Teil unlösbare Probleme. Er wird zu einem „Einstellungsverhinderungsprogramm“ vor allem für die Problemgruppen des Arbeitsmarktes.
- Wir brauchen zur Weiterentwicklung der betrieblichen Mitbestimmung eine Modernisierung und Flexibilisierung des Betriebsverfassungsgesetzes und nicht mehr dirigistische Eingriffe in die Betriebsabläufe. Den Gesetzesentwurf der Bundesregierung lehnen wir ab. Dieser steht den Erfordernissen der betrieblichen Wirklichkeit entgegen und beschneidet den unternehmerischen Handlungsspielraum zu Lasten von mehr Beschäftigung.

Die von Rot-Grün vollzogene Rück-Regulierung steht im direkten Gegensatz zu dem Rat der nationalen und internationalen Experten. Nach Auffassung des Sachverständigenrates in der Bundesrepublik Deutschland zerstören die Maßnahmen der Schröder-Regierung die Chancen auf neue Arbeitsplätze.

## Mehr Beschäftigung durch eine neue Balance zwischen Schutz und Chance

Der Arbeitsmarkt muss aus seiner Überregulierung befreit werden. Wir brauchen leistungsfähige Arbeitsmärkte. Die Chan-

cen auf Arbeit für alle zu nutzen – dies ist entscheidend für unser Verständnis von sozialer Gerechtigkeit. Denn Arbeit ist Teilhabe.

Wir stellen fest, dass durch technischen Fortschritt in der Produktion einfache Arbeitsplätze verloren gehen, während für personale und hausgehaltbezogene Dienstleistungen der Bedarf wächst. Am Arbeitsmarkt spiegelt sich dieser Bedarf nicht wieder, weil die in Frage kommenden Arbeitsplätze nicht angeboten werden und vielfach auf Seiten der Arbeitnehmer auch keine Anreize bestehen, diese Arbeitsplätze anzunehmen. Dies, obwohl der Bedarf an Dienstleistungen ständig wächst, auf der anderen Seite aber unter den Erwerbspersonen ohne abgeschlossene Berufsausbildung mittlerweile jeder Vierte in den alten Bundesländern und sogar jeder zweite in den neuen Ländern ohne Arbeitsplatz ist. Wir müssen die Funktionsfähigkeit unseres Arbeitsmarktes wieder herstellen. Deswegen brauchen wir mehr Durchlässigkeit zwischen den Systemen staatlicher Absicherung und den Arbeitsmärkten mit Anreizfunktionen und wirkungsvollen Hilfen zur Arbeitsaufnahme.

Technologischer Fortschritt und Globalisierung erzeugen eine neue Arbeitswelt mit neuen flexiblen Arbeitszeit- und Vergütungsmodellen. In der „New Economy“ setzt sich mit den Informations- und Kommunikationstechnologien eine innovative Querschnittstechnologie durch, die die Arbeitswelt in vielen Bereichen grundlegend verändern wird. Arbeitnehmer werden in ihren Betrieben selbständiger und eigenverantwortlicher arbeiten. Die Arbeitsbeziehungen werden flexibler und die Entfaltungsmöglichkeiten des Einzelnen größer. Das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wird vor diesem Hintergrund in wachsendem Maße von Partnerschaft geprägt sein müssen.

## Ein modernes Arbeits- und Tarifrecht – 8 Schritte zu mehr Arbeitsplätzen

Das Arbeits-, Tarif- und Sozialrecht darf diese offenen Entwicklungen nicht aufhalten, sondern muss den Schutzgedanken stärker mit dem Chancengedanken verknüpfen.

Für uns steht der Mensch im Mittelpunkt. Deswegen wollen wir den individuellen Bedürfnissen, den unterschiedlichen Prioritäten und Sicherheitsinteressen des mündigen Arbeitnehmers stärker Rechnung tragen. Flexibilität und Sicherheit stehen nicht nur in einem Spannungsverhältnis, sie bedingen einander. Nur bei genügend Flexibilität kann auf Dauer Beschäftigung gesichert und soziale Sicherheit gewährleistet werden.

Deswegen wollen wir die Flexibilisierungsmaßnahmen des Arbeitsmarktes ausbauen.

**1.** Der Tarifvertrag der Zukunft soll sich stärker auf seine ursprünglichen Kernbereiche wie Entgelt (Festlegung eines Grundentgelts sowie eines Rahmens für ertrags- und leistungsabhängige Verdienstbestandteile) und Arbeitszeitrahmen konzentrieren und sich neuen Herausforderungen stellen. Er soll ökonomische und soziale Bedingungen beschreiben, die der Betriebsebene Raum für dezentrale Lösungen lässt.

**2.** Das Günstigkeitsprinzip soll weiter ausgelegt werden. Es sollte dem Arbeitnehmer künftig eingeräumt werden, neben Lohn und Arbeitszeit auch die Beschäftigungsaussichten zu berücksichtigen. Wenn der Betriebsrat mit qualifizierter Mehrheit für eine bestimmte Lösung im Unternehmen ein positives Votum abgibt, sollte dies als Vermutung für eine günstigere Regelung gelten. Den Tarifparteien muss zur Sicherung der Tarifautonomie ein begründetes Vetorecht bleiben.

**3.** Wir wollen die Gestaltung der Arbeitszeit stärker als bisher dem Einzelnen überlassen. Dazu ist ein Rahmen von Arbeitszeitkonten, Jahresarbeitszeiten sowie Langzeit- und Lebensarbeitszeiten festzulegen, damit Arbeit, Freizeit, Familientätigkeit und Weiterbildung besser miteinander kombiniert werden können. Deswegen müssen die steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Rahmenbedingungen so angepasst werden, dass Arbeitszeitguthaben mittel- und langfristig angespart, gegen Insolvenz geschützt und z. B. für Zeiten der Qualifizierung oder zum Ausbau einer kapitalgedeckten Alterssicherung eingesetzt werden können.

**4.** Die betriebliche Mitbestimmung muss in der internationalen Wirtschafts- und Arbeitswelt handhabbar bleiben. Eine Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes von 1972 muss daher die Veränderungen der Arbeitswelt und damit auch der betrieblichen Praxis aufnehmen. Sie hat die Balance zwischen der betrieblichen Interessenvertretung der Arbeitnehmerschaft und der unternehmerischen Entscheidungsfreiheit zu halten.

Flexible Regelungen unter Mitwirkung aller Beteiligten haben sich in der Vergangenheit als erfolgreich erwiesen; sie gilt es zu fördern. Daher sollten von einer Modernisierung des Betriebsverfassungsgesetzes praxisnahe Lösungen der Beschäftigungsfragen auf Betriebsebene ausgehen, ohne dass tarifvertragliche Regelungen ausgehöhlt werden. Die Betriebsparteien sollen mehr Handlungsspielraum erhalten, um betriebsnahe und auf die Belange der dort beschäftigten Arbeitnehmer zugeschnittene Lösungen zu ermöglichen.

**5.** Das Kündigungsschutzrecht soll die Interessen der Beschäftigten schützen und dabei die Schaffung zukunftsträchtiger Ar-

beitsplätze nicht gefährden. Wir wollen eine sachgerechte Balance zwischen sozialer Sicherung und flexibler Anpassung, zwischen den Interessen der Arbeitsplatzbesitzer und der Arbeitssuchenden.

Deswegen befürworten wir die Einführung eines Optionsrechts, wonach Arbeitgeber und Arbeitnehmer Abfindungsregeln im Gegenzug für einen Verzicht auf Kündigungsschutzklagen vereinbaren können. Dessen Mindesthöhe sollte gesetzlich geregelt werden. Ein so ausgestaltetes Optionsmodell würde die materiellen Interessen des Arbeitnehmers wahren und den Arbeitgebern Rechtsicherheit und Kalkulierbarkeit für den Kündigungsfall bieten. Damit würden die Einstellungschancen vor allem von älteren Langzeitarbeitslosen verbessern.

6. Die ursprüngliche Regelung im Beschäftigungsförderungsgesetz zur Befristung eines Arbeitsvertrages hat sich positiv auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt. Die von der Bundesregierung vorgenommenen Einschränkungen lehnen wir ab. Neu gegründete Unternehmen sollten die Möglichkeit erhalten, die Regelung auf vier Jahre auszuweiten. Für Arbeitnehmer ab 55 Jahren sollten befristete Beschäftigungsverhältnisse ohne jede Einschränkung möglich sein.

7. Die enormen Beschäftigungspotentiale der Zeitarbeit müssen weiter erschlossen werden, die bisherigen Beschränkungen sind nicht mehr gerechtfertigt. Deshalb wollen wir im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz die maximale Verweildauer von 12 auf 36 Monate erweitern, das Synchronisations- und Wiedereinstellungsverbot aufheben und die Regeln für befristete Arbeitsverträge im Beschäftigungsförderungsgesetz für die Zeitarbeit öffnen. Wir appellieren an die Gewerkschaften auch mit den Unternehmen für Zeitarbeit Tarifverträge abzuschließen.

8. Die überbürokratisierten und beschäftigungsfeindlichen Regelungen der jetzigen Bundesregierung im Bereich der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse gehen in die falsche Richtung. Wir brauchen Möglichkeiten für flexible und kleine Beschäftigungsverhältnisse ohne bzw. mit nur eingeschränkter Sozialversicherungspflicht und ohne viel Bürokratismus. Daher wollen wir prüfen, ob stärkere Beschäftigungsimpulse bei den privaten Dienstleistungen auch dadurch erzielbar sind, indem Sozialabgaben mit Freibeträgen und einem langsamen Anstieg entsprechend der Systematik der Einkommensteuer nach der Höhe gestaffelt werden.

---

## Neue Chancen für Hilfebezieher

Unser Sozialhilfesystem räumt dem Fürsorgeprinzip immer noch größere Bedeutung ein als Anreizen zur Arbeitsaufnahme. Anstatt Brücken zu bauen in ein eigenverantwortliches Leben, führt diese Schräglage dazu, dass viele Menschen in einer lebenslangen Abhängigkeit vom Staat bleiben. Gerade bei Familien mit Kindern, die Sozialhilfe beziehen, ist der Abstand zu niedrigen Tariflöhnen so gering, dass sich die Aufnahme von regulärer Arbeit kaum lohnt.

Die Stabilität unseres Sozialsystems aber wird von Leistung und Gegenleistung getragen. Diese Einsicht muss immer wieder gestärkt werden. Wer seinen Lebensunterhalt ganz oder teilweise von der Solidargemeinschaft erhält, muss im Rahmen seiner Möglichkeiten einen Beitrag für die Gemeinschaft erbringen. Dabei lassen wir uns von dem Grundsatz leiten, dass derjenige, der arbeitet, mehr verdienen muss, als wenn er nicht arbeitet.

1. Deswegen wollen wir in einem ersten Schritt eine Reform der Transfersysteme. Erste Voraussetzung ist eine verbesserte Zusammenarbeit von Arbeits- und Sozialämtern und die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe.

2. Wer eine unterstützende Fürsorgeleistung erhält, sollte, soweit ihm dies möglich ist, seine eigenen Kräfte zur Überwindung der Hilfebedürftigkeit einsetzen. Diesem Prinzip wollen wir bei allen fürsorgeorientierten Sozialleistungen wieder mehr Geltung verschaffen. Wer arbeiten kann, aber eine annehmbare Arbeit verweigert, dem muss die Unterstützungsleistung gekürzt werden.

## Ein Kombilohn-Konzept für mehr Beschäftigung

Die Bundesregierung versagt bei der Förderung von Arbeitsplätzen für Langzeitarbeitslose und geringer Qualifizierte auf ganzer Linie. Die entsprechende Ankündigung noch aus der Koalitionsvereinbarung klingt heute wie Hohn. Statt zu entscheiden, nahm Schröder das Thema Mitte 1999 für die nächsten fünf Jahre von der Tagesordnung und kündigte stattdessen Modellversuche an. Modellversuche mit Kombilohnmodellen gibt es allerdings auf Landes- und kommunaler Ebene schon seit Jahren. Die Bundesregierung hat diesen Modellversuchen nur noch einen weiteren hinzugefügt, weil sie den Konflikt mit den Gewerkschaften scheut.

Da bei Geringqualifizierten die an der Produktivität gemessenen Einkommen oft nur knapp über ggf. sogar unter den staatlichen Transfereinkommen liegen, wollen wir das Arbeitseinkommen um staatliche Transfers zu einem „Kombi-Einkommen“

ergänzen, damit ein wirklicher Anreiz zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit vorhanden ist. Wir halten die direkte Unterstützung des Arbeitnehmers für wirkungsvoller als Lohnkostenzuschüsse und Subventionen für die Arbeitgeber. Nur auf diese Weise besteht die Chance auf einen echten Markt im unteren Lohnsegment, der „working poor“ verhindert und Wettbewerbsverzerrungen vermeidet. Modellversuche hat es genug gegeben, die Ergebnisse liegen vor – jetzt muss endlich gehandelt werden.

Vor allem in den neuen Ländern stellt sich die Aufgabe, neue Wege in der Arbeitsmarktpolitik zu beschreiten. Das bisherige Instrumentarium erweist sich zunehmend als unzureichend, ohne dass die Bundesregierung etwas tut. Unser Kombilohn-Konzept würde vielen Erwerbslosen wieder eine Beschäftigungschance geben, den Abwanderungstendenzen entgegenwirken und den weiteren Aufbau eines Dienstleistungssektors, der den Aufholprozess im Verarbeitenden Gewerbe unterstützt, in besonderer Weise fördern. Hier sind die Defizite gegenüber den alten Bundesländern nach wie vor gravierend.

**Der rasante Wandel unserer Arbeitswelt erfordert eine Politik, die die Menschen zum Wandel befähigt und ermutigt, eine Politik, die sie mitnimmt. Andere Länder zeigen uns: es gibt kein Naturgesetz, wonach Arbeitslosigkeit dauerhaft hoch sein muss. Wenn es gelingt, die Weichen richtig zu stellen, ist die Rückkehr zur Vollbeschäftigung möglich. Einen Königsweg zur Vollbeschäftigung gibt es nicht. Nur mit einem Mix an Maßnahmen können wir die unterschiedlichen Ursachen von Arbeitslosigkeit wirksam bekämpfen.**

# Leitsätze für eine deutsche und europäische Außen- und Sicherheitspolitik

**Durch die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) muss Europa im internationalen Umfeld militärisch handlungsfähiger werden. Die Europäer müssen sich jedoch mit den Vorbehalten der USA sowie den türkischen Anliegen ernsthaft auseinandersetzen:**

■ Europa knüpft mit der ESVP an wichtige europäische Vorarbeiten der letzten beiden Jahrzehnte an: die deutsch-französische Brigade, das deutsch-polnisch-dänische Korps, das Eurokorps sowie die Entwicklung einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik insgesamt.

## Unnötige Duplizierungen sind zu vermeiden:

Die enge Verzahnung EU-NATO muss durch entsprechende Vereinbarungen, einem „permanent arrangement“, festgeschrieben werden. Dazu gehört eine enge politische Abstimmung mit regelmäßigen Konsultationen auf Ebene Außenminister und Botschafter. Ferner muss die EU auf NATO-Planungskapazitäten und Kommandostrukturen zurückgreifen können. Die Streitkräfteplanungen von NATO und EU sind zu harmonisieren.

Die EU muss im Rahmen von ESVP zivile Komponenten (Polizeieinheiten, technisches Personal) stärker ausbauen und damit Fähigkeiten komplementär zur NATO entwickeln.

## Jegliche Schwächung der Transatlantischen Partnerschaft ist zu vermeiden:

Die EU muss durch den Aufbau von Krisenreaktionskräften zu einem relevanteren und gleichwertigeren Partner der USA werden: Die ESVP ist als Beitrag zu fairem bur-

## ZUR ESVP

den sharing umzusetzen, wodurch die Allianz insgesamt gestärkt wird.

Die amerikanische Präsenz in Europa bleibt auch in Zukunft unverzichtbar. Die CDU Deutschlands fordert hierzu klare Worte von der Bundesregierung. Die EU soll nur dann tätig werden, wenn die NATO als Ganzes nicht aktiv werden will, so wie es das „Strategische Konzept“ der NATO vom April 1999 vorsieht.

## Die Frage der Beteiligung, insbesondere der Türkei und Norwegens, an der ESVP ist zu klären:

Als ehemalige WEU-assozierte Staaten erleiden Länder wie die Türkei und Norwegen durch die de facto-Absorbierung der WEU seitens der EU/ESVP einen empfindlichen (und unnötigen!) Statusverlust. Die

EU sollte dem türkischen Wunsch nach Einbeziehung in die Entscheidungsverfahren der ESVP entsprechen, d. h. der Türkei einen Status als „assoziertes Mitglied“ der ESVP verleihen. Die Mehrzahl potentieller ESVP-Einsatzszenarien befindet sich ohnehin in geographischer Nähe zur Türkei, wodurch eine Inanspruchnahme türkischer Nachschubwege wahrscheinlich wird. Im übrigen ist die jahrzehntelange Bewährung der Türkei in der Allianz zu würdigen.

### Rückläufige Verteidigungsbudgets stellen die Glaubwürdigkeit der ESVP in Frage:

Der Beschluss zur Beschaffung von 75 A 400 M-Transportflugzeugen ist in Deutschland bislang finanziell nicht ausreichend abgebildet. Ebenso wenig ist die Finanzierung des im Juni 2000 beschlossenen dt.-frz.-ital. Aufklärungssatelliten gesichert. Weitere Anstrengungen sind bei der strategischen Kommunikation sowie im Hinblick auf die Modernisierung der Bewaffnung notwendig.

Das Synergiepotential unter den Europäern muss erschlossen werden: Deutschland, Norwegen und die Niederlande könnten z.B. die Zusammenlegung ihrer U-Bootflotte erwägen. Die kürzlich vollzogene Schaffung des europäischen Rüstungskonzerns EADS eröffnet neue Möglichkeiten effizienter Kosteneinsparung. Hierzu ist jedoch eine abgestimmte europäische Streitkräfteplanung unabdingbar.

Eine echte Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik erfordert, dass die Europäer künftig ihre Verteidigungshaushalte darauf abstimmen, welche Finanzmittel zur Erfüllung der gemeinsamen europäischen Aufgaben und erforderlichen Fähigkeiten insgesamt gebraucht werden und welche

nationalen Beiträge dafür zu leisten sind. Dies muss im Rahmen europäischer Gremien eng koordiniert werden. Ferner ist der Ausbau von „OCCAR“ zu einer europäischen Rüstungsagentur anzustreben.

■ **Erforderlich ist eine Klärung, für welche Einsatzszenarien die Krisenreaktionskräfte vorgesehen sind, auf welcher Grundlage und unter welchen Voraussetzungen sie eingesetzt werden sollen und wie weit dafür im Einzelfall der Konsens** unter den europäischen Mitgliedstaaten reicht. Dazu gehört insbesondere die Frage, ob es ein Recht auf „humanitäre Intervention“ geben kann. Die Europäische Union muss sich auf die dafür notwendigen Grundsätze und Rechtsgrundlagen verständigen.

### Eine zügige, aber realistische EU-Osterweiterung ist die richtige Antwort auf die Globalisierung.

■ Durch die Erweiterung um die mittel- und osteuropäischen Beitrittsstaaten und deren Wachstumsmärkte wird die Europäische Union als mit Abstand größter Binnenmarkt der westlichen Welt **ihre Interessen im globalen Wettbewerb besser behaupten, ihr Gewicht und ihren Einfluss in der Welt und den internationalen Organisationen wie UNO und der Welt Handelsorganisation WTO erhöhen und damit wirksamer als Ordnungs- und Stabilitätsfaktor handeln können**. Zugleich werden durch die Ausweitung des EU-Rechtsraumes die Chancen für eine erfolgreichere Bewältigung der globalen Herausforderungen, insbesondere der Bekämpfung von internationaler Kriminalität, Terrorismus, illegaler Einwanderung oder Umweltrisiken, verbessert. Eine

größere und stärkere EU wird zudem die transatlantische Partnerschaft stärken.

■ **Die EU muss sich so erweitern, dass sie sich dann auch noch weiter vertiefen kann.**

Dafür muss es in der Gruppe der Beitrittsländer zu einer Differenzierung kommen. Die CDU spricht sich deshalb dafür aus, dass Ende 2002 die Beitrittsverhandlungen mit denjenigen Ländern, die dann die vereinbarten politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft erfüllen, abgeschlossen werden, damit sich diese Staaten nach Möglichkeit bereits an den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2004 beteiligen können. Wir treten ein für eine zügige Erweiterung. Auch nach dem in Nizza beschlossenen Vertrag ist eine Fortführung der Reform mit dem Ziel einer weiteren Vertiefung der Europäischen Union notwendig. Mit denjenigen Ländern, die Ende 2002 die Beitrittsvoraussetzungen noch nicht erfüllen können, muss mit verstärkter Intensität weiterverhandelt werden. Die Wiedervereinigung Europas durch die Osterweiterung der EU war von Anfang an ein Projekt der CDU. Deutschland muss seine Lokomotivfunktion, die es in dieser Frage noch unter der CDU-geführten Bundesregierung inne hatte, wiedergewinnen.

■ **Die mit der Osterweiterung einhergehenden Herausforderungen lassen sich bewältigen.**

Dafür sind wegen der sehr unterschiedlichen Verhältnisse in den bisherigen und den künftigen Mitgliedstaaten Übergangsregelungen in bestimmten Bereichen vorzusehen, sie müssen allerdings die Ausnahme bleiben, flexibel und differenziert sowie zeitlich und inhaltlich begrenzt angewendet werden; eine Verkürzung von Übergangsfristen muss möglich sein. Der besonderen Situation der Grenzregionen ist durch

eine gezielte Förderung insbesondere zur Verbesserung der Infrastruktur sowie für kleine und mittelständische Unternehmen Rechnung zu tragen. Zudem ist anlässlich der Zwischenprüfung der Agenda 2000, die bereits im Jahr 2002 erfolgen sollte, eine Nachbesserung des gegenwärtigen EU-Finanzrahmens erforderlich, da die Osterweiterung darin, insbesondere in der Agrarpolitik, unterfinanziert ist; die geltende Finanzobergrenze von 1,27 % der EU-Wirtschaftsleistung darf jedoch nicht erhöht werden.

■ **Die Europäische Union sollte ihre geographische Ausdehnung an gemeinsamen Wertvorstellungen und geschichtlichen Erfahrungen ausrichten.**

Grundbedingung dafür ist die Fähigkeit der EU, neue Mitglieder aufnehmen, dabei jedoch die Stoßkraft der europäischen Integration erhalten zu können: die EU muss entscheidungs- und handlungsfähig bleiben und ihre Interessen wahren können, die Erweiterungen müssen finanziell verkräftbar sein, die Integrationskraft der EU und die Veränderungsbereitschaft der Menschen dürfen nicht überfordert werden. Nicht jedes Land in Europa, das eine europäische Perspektive sucht, kann EU-Vollmitglied werden, aber ihm könnten Möglichkeiten abgestufter Integration angeboten werden durch eine engere Anbindung an einzelne Politikbereiche der EU – wie beispielsweise die gemeinsame Außen-, Sicherheits-, und Verteidigungspolitik oder die Verkehrs- und Energiepolitik – oder in Form von Assoziierungen oder durch die Schaffung eines neuen Europäischen Wirtschaftsraumes, der eng mit der EU und ihrem Binnenmarkt verbunden ist.

Wir unterstützen alle Anstrengungen, die **Türkei** in ihrer europäischen Orientierung zu stärken sowie wirtschaftlich, politisch und institutionell enger mit der EU zu ver-



binden. Deshalb auch sollte die EU dem türkischen Wunsch nach Mitwirkung an den Entscheidungsverfahren der ESVP Rechnung tragen, zumal sich die Mehrzahl potenzieller Einsatzszenarien ohnehin in geographischer Nähe der Türkei befindet. Die auf Drängen der Bundesregierung erfolgte Verleihung des EU-Beitrittskandidatenstatus war jedoch zumindest verfrüht und droht zu einer Enttäuschung für die Türkei und einer weiteren Entfremdung zwischen ihr und Europa zu führen, wenn die mit diesem Status verbundenen hohen Erwartungen so schnell nicht erfüllt werden.

Für ein Europa ohne Trennlinien wollen wir zu **Russland** ein Partnerschaftsverhältnis schaffen, das seiner Größe, seiner Stellung in Europa und seinem Selbstverständnis Rechnung trägt. Deshalb unterstützen wir alle Bemühungen, die die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Beziehungen der EU mit Russland über das Partnerschaftsabkommen hinaus im Rahmen einer Freihandelszone vertieft werden können.

Wir haben ein Interesse an einer unabhängigen, starken, auf die EU orientierten **Ukraine**. Deshalb sollte ihr, wenn das Partnerschaftsabkommen mit der EU zum Erfolg geführt hat, eine engere Zusammenarbeit in der gemeinsamen Außen-, Sicherheits-, und Verteidigungspolitik sowie über das vorgesehene Freihandelsabkommen hinaus eine Mitgliedschaft in einem neuen Europäischen Wirtschaftsraum in Aussicht gestellt werden.

Beim NATO-Gipfel im Frühjahr 2002 sollte die Öffnung des Bündnisses für weitere Kandidatenländer beschlossen werden.

Die **erste Erweiterungsrunde** mit Polen, Ungarn und der Tschechischen Repu-

blik war ein **großer Gewinn für die Stabilität Europas**. Die neuen Mitglieder haben sich unmittelbar nach ihrer Aufnahme während des Kosovo-Krieges als verlässliche Bündnispartner erwiesen. Die heutigen polnisch-russischen Beziehungen sind besser als noch vor fünf Jahren, da durch die NATO-Mitgliedschaft Polens klare Verhältnisse geschaffen wurden. Durch ihre Erweiterungsfähigkeit hat sich die NATO als unverzichtbare Grundlage der euro-atlantischen Partnerschaft erwiesen.

Nach den guten Erfahrungen mit der ersten Runde **sollte die Erweiterung der NATO schrittweise fortgesetzt werden**. Aus eigenem Interesse muss Deutschland auch hierbei – entgegen der Passivität der Bundesregierung, die bereits in den USA als entmutigend angesehen wird – eine Führungsrolle wahrnehmen.

**Wichtigstes Entscheidungskriterium muss dabei das strategische Ziel sein, die Sicherheit und Stabilität in ganz Europa zu erhöhen.** Südosteuropa ist die einzige europäische Region mit erheblichem Krisen- und Konfliktpotential. Zur Stabilisierung dieser Region kann insbesondere – über die wirtschaftliche Zusammenarbeit, den Stabilitätspakt und die EU-Perspektive hinaus – die NATO-Erweiterung beitragen.

Deshalb sollte beim NATO-Gipfel im Frühjahr 2002 auf jeden Fall der Beitritt Sloweniens und der Slowakei, aber auch Bulgariens und nach Möglichkeit Rumäniens vereinbart werden:

■ Slowenien war schon bei der ersten Runde 1997 beitragsfähig. In der Slowakei haben sich gegenüber diesem Zeitpunkt die politischen Verhältnisse grundlegend verbessert,

auch ist seine NATO-Mitgliedschaft aufgrund seiner geografischen Lage von strategischer Bedeutung.

■ Eine um Bulgarien und Rumänien erweiterte NATO würde dem krisengeschüttelten Balkan einen deutlichen und dringend erforderlichen Stabilitätsgewinn bringen – auch angesichts der mittelfristig nicht zu erwartenden EU-Mitgliedschaft dieser Länder. Zudem würde die Allianz auf diese Weise ihre Landverbindung zwischen Westeuropa und der Türkei bzw. Griechenland schließen. Rumänien hat durch seine Grenzlage zur Ukraine eine besondere strategische Bedeutung. Allerdings muss Rumänien für seine Beitrittsfähigkeit zur NATO noch zusätzliche Anstrengungen zur Stärkung von Demokratie und Marktwirtschaft unternehmen.

**Die baltischen Staaten liegen erfreulicherweise nicht in einem Krisengebiet, vielmehr ist die gesamte Ostsee eine politisch stabile Region mit schnell wachsender Prosperität. Auch werden sie recht bald Mitglieder der Europäischen Union und damit in der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik integriert sein. Gleichwohl wird die NATO im Hinblick auf ihre Öffnungspolitik keine „roten Linien“ akzeptieren, zumal die baltischen Staaten einen natürlichen Anspruch auf NATO-Mitgliedschaft haben. Deshalb sollte ihnen beim NATO-Gipfel 2002 eine zeitliche Perspektive für einen späteren Beitritt eröffnet werden.**

Die Stärkung von Sicherheit und Stabilität in ganz Europa durch die weitere Öffnung der NATO ist nicht gegen Russland gerichtet. Die NATO muss daran festhalten, die europäische Sicherheit mit Russland im Rahmen der NATO-Russland-Grundakte zu gestalten.

## Europäer und Amerikaner müssen bei der Schaffung einer gemeinsamen Raketenabwehr zusammenarbeiten

■ Seit Jahrzehnten ist unsere Sicherheit auf der Bereitschaft und Fähigkeit zur gegenseitigen Zerstörung gegründet. Diese Abschreckungsdoktrin war erfolgreich, aber sie war auch immer umstritten. Jetzt zeichnet sich eine Möglichkeit ab, die militärische Abschreckung und Prävention durch eine Verteidigung gegen Raketenangriffe zu ergänzen. Deshalb ist es **moralisch geboten zu prüfen, wie weit durch Raketenabwehr die Chance besteht, die Abhängigkeit von Offensivwaffen durch eine gemeinsame Abhängigkeit von defensiven Waffen zu reduzieren und damit eine umfassende Abrüstung auf wenige hundert Nuklearsysteme zu ermöglichen.** Dann könnten die Nuklearwaffen in ihrer Bedeutung auf die alleinige Aufgabe begrenzt werden, andere Nuklearstaaten vom Einsatz ihrer Nuklearwaffen abzuhalten.

■ Europa sollte das Angebot des amerikanischen Präsidenten Bush zur Schaffung eines über nationale Raketenabwehr (NMD) hinausgehenden umfassenden Abwehrsystems aktiv aufgreifen und **sich mit eigenen Initiativen für eine europäische Schutzkomponente in den Entscheidungsprozess einbringen.** Aus NMD muss AMD (Allied Missile Defense) werden. Diese muss auch Nicht-Mitgliedstaaten der NATO offen stehen. Mit der von der Bundesregierung praktizierten prinzipiellen Verweigerungshaltung aber wird eine wichtige Chance vertan, auf den Meinungsbildungsprozess in den USA Einfluss zu nehmen. Das haben unsere französischen Partner er-

kannt: In Paris werden bereits Überlegungen für ein seegestütztes System im Mittelmeer angestellt.

■ Der **Dialog über Raketenabwehr** muss so geführt werden, dass der Zusammenhalt der NATO weiter gefestigt und die Zusammenarbeit des Westens mit Drittstaaten, insbesondere mit Russland, nicht gefährdet und eine neue Rüstungsdynamik beispielsweise in Asien vermieden wird. Erforderlich ist ein intensiver Dialog mit Russland mit dem Ziel

der Anpassung oder einvernehmlichen Aufkündigung des aus dem bipolaren Antagonismus des Kalten Krieges stammenden ABM-Vertrags von 1972.

■ Zudem sollten **präventive Maßnahmen gegen die Proliferation von Massenvernichtungswaffen** nachdrücklich verfolgt werden. Dazu gehört die Stärkung des gesamten Nichtverbreitungsregimes; der Vertrag über das nukleare Teststoppabkommen (CTBT) muss endlich in Kraft treten. **UD**

Für eine moderne  
und leistungsstarke  
Bundeswehr



Angela Merkel:

Vorsprung für Deutschland – das ist das Ziel unserer Politik für die Menschen in Deutschland. Neues Regieren 2002 – das ist die Voraussetzung zur Erreichung dieses Zieles. Die Klausurtagung des CDU-Bundesvorstandes in Mainz hat einen klaren Fahrplan für 2001 festgelegt.

Dabei gehen wir unsere Arbeit in dem Bewusstsein an, dass politisches Handeln niemals Selbstzweck sein darf. Sie muss dem Wohl der Menschen dienen, von einem inneren Kompass geleitet sein, die Wirklichkeit richtig aufnehmen und zu Ende gedacht sein. Dafür stehen wir, die CDU Deutschlands, ein.